



öffentlich

Betreff:

Repräsentative Bürgerbeteiligung zum Lustgarten

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Erstellungsdatum 19.12.2014

Eingang 922:

Beratungsfolge:		
Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
28.01.2015	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:
Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, in das Beteiligungsverfahren im Rahmen der Planungswerkstatt zur Gestaltung des Lustgartens eine repräsentative Bürgerbefragung zu integrieren.
Die Stadtverordnetenversammlung ist im März 2015 über das Ergebnis des Auftrages zu informieren.

gez. Dr. H.-J. Scharfenberg
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Das Beteiligungsverfahren zur Gestaltung des Lustgartens ist vom Oberbürgermeister in verschiedenen Zusammenhängen als beispielhaft bezeichnet worden.

Allerdings ist das bisher im Rahmen der Planungswerkstatt vorgesehene Verfahren nicht geeignet, eine repräsentative Bürgerbeteiligung zu sichern. Deshalb sollte, wie bereits mehrfach vorgeschlagen, eine Bürgerbefragung durchgeführt werden, die es ermöglicht, repräsentativ die Meinung der Potsdamerinnen und Potsdamer insbesondere zum künftigen Umgang mit dem „Mercure“ festzustellen.